

«Angstkampagne verunsichert viele»

Parteipräsident Martin Rüegg erklärt, warum Ausländer für die SP kein Topthema sind

INTERVIEW: SUSANNA PETRIN

Die Sozialdemokraten machen nach verlorenen Abstimmungen wie der Ausschaffungsinitiative nicht den fittesten Eindruck. Das täusche, sagt der Präsident der Baselbieter SP. Er hofft, dass die Hamburger SP-Welle ein gutes Vorzeichen für die hiesigen Wahlen ist.

BaZ: Ist die Sozialdemokratie in der Krise?

MARTIN RÜEGG: Nein. Die wird herbeigeredet. Aber die Grundströmung in diesem Land, wie in der ganzen westlichen Welt, ist derzeit konservativ. Der wiedererwachte Nationalismus ist eine Gegenbewegung zur Globalisierung. Davon profitieren insbesondere die Rechtsbürgerlichen. Auch wir haben unsere Bedenken gegenüber der Globalisierung. Doch wir wissen, dass dieser Prozess nicht mehr zu stoppen ist. Wir würden ihn aber gerne, ähnlich wie den Kapitalismus, sozialer und ökologischer gestalten.

Ihr Wähleranteil ist aber am Schrumpfen.

Wir hatten schon immer Auf und Abs, wie andere Parteien auch. Im Moment haben wir es etwas schwieriger, aber von einer Krise kann nicht die Rede sein. Die Wählerfolge der SP im Jura und in Hamburg sind positive Zeichen.

«Isaac Reber gefährdet am ehesten den FDP-Sitz von Adrian Ballmer.»

Manchmal hat man den Eindruck, dass die SP an den Sorgen der Wähler vorbeipolitisiert.

Auch das kann ich nicht bestätigen. Die ersten vier Plätze auf dem Sorgenbarometer der Credit Suisse belegen die klassischen SP-Themen Arbeitslosigkeit, AHV, Gesundheitswesen und soziale Sicherheit. Wir sind die grösste Fraktion im Landrat und immer noch eine bestimmende Kraft in diesem Land. Aber die permanente Angstkampagne, die von Rechtsaussen geführt wird, verunsichert auch einen Teil unserer Wählerinnen und Wähler. Ausserdem nimmt die Politverdrossenheit der Leute zu und die parteipolitische Bindung generell ab – mit Ausnahme bei der SVP. Das macht mir mehr Sorgen.

Gemäss Wahlbarometer 2011 sind Ausländer und Integration das Thema Nummer eins. Die SP hat dieses Thema in den letzten Jahren eher gemieden. Wäre es nicht höchste Zeit, Stellung zu beziehen?

Wir haben immer Stellung dazu bezogen. Wir wollen nicht dazu schweigen, aber es ist nicht unser erstes Thema. Wir haben bei den letzten Wahlen versucht, den direkten Kampf mit der SVP aufzunehmen und dabei festgestellt: Je mehr wir ihre Themen aufgreifen, desto mehr verlieren wir. Ausserdem sind Wahlbarometer zu relativieren – das letzte wurde nach der Ausschaffungsinitiative erhoben. Linke Anliegen wie etwa die Einheitskrankenkasse und die Abschaffung der Pauschalbesteuerung für Ausländer werden als wichtig



«Schwieriges Unterfangen». Martin Rüegg über die Chancen auf einen zweiten Regierungsratssitz.

erachtet und erhalten breite Zustimmung.

Hat es Ihnen beim Ausländerthema vielleicht an guten Argumenten gemangelt, um die Leute von einer differenzierten Haltung zu überzeugen?

Man muss sicher einräumen, dass wir von der SP lange dachten, das Thema Ausländer erledige sich von alleine. Unsere Antwort war und bleibt aber die Integration und damit die Prävention; unsere Politik orientiert sich nicht an Ausgrenzung, sondern will die Gemeinschaft stärken. Ausländische Kinder etwa sollen möglichst früh sprachlich gefördert werden. Am Gymnasium Liestal unterrichtete ich immer mehr Jugendliche aus Ex-Jugoslawien oder mit muslimischem Hintergrund; die Integration ist auf gutem Weg, und ich bin sicher, jede neue Einwanderergeneration wird genauso viel zum Wohlstand beitragen wie zuvor die Italiener oder die Deutschen heute.

Aber die pauschale Angst vor und damit die Feindschaft

gegen Ausländer scheint ein neues Ausmass angenommen zu haben.

Das sehe ich auch so. Dabei können viele Wirtschaftszweige ohne Ausländer gar nicht mehr funktionieren. Das wird zu wenig beachtet. Ausserdem gehört eine menschliche Asylpolitik zur humanitären Tradition der Schweiz.

Offenbar räumt aber auch Frau Sommaruga ein, dass es Probleme gibt mit überdurchschnittlich vielen kriminellen Ausländern. Damit müsste die SP auch einen Umgang finden.

Das streiten wir nicht ab. Wir hätten bei der Ausschaffungsinitiative meiner Meinung nach den Gegenanschlag mit seinem Integrationsartikel unterstützen sollen. Die Asylpolitik ist äusserst komplex. Blocher konnte die Probleme als Justizminister auch nicht lösen. Die SP will sich neu auch den Folgen des Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums widmen. Wie will die Partei damit umgehen?

Wir weisen immer wieder darauf hin, dass Wirtschaftswachstum allein unsere Probleme nicht löst. Wir sollten wieder mehr auf Qualität statt Quantität achten und über die Grenzen des Wachstums reden. Denn auf unserem engen Raum haben wir beim heutigen Bevölkerungszuwachs zwangsläufig irgendwann ein Problem, wirtschaftlich und ökologisch. Mit der Landschaftsinitiative wird die räumliche Entwicklung der Schweiz wieder zu einem wichtigen Thema.

Kommen wir zu einem anderen Thema.

Gerne. Schön, dass wir nicht nur über Ausländerpolitik reden.

Einige Schlagworte im neuen Parteiprogramm haben auch viele SP-Wähler irritiert. Wo steht eigentlich die SP Baselland? Will sie den Kapitalismus überwinden oder will sie eine freie, aber stärker geregelte Marktwirtschaft?

Es gibt bei uns beides, eine gewerkschaftliche und eine

liberalere Strömung. Insgesamt ist die SP Baselland pragmatischer ausgerichtet als Sektionen in der westlichen Schweiz. Doch wir sollten uns gerade im Wahlkampf nicht auseinanderdifferenzieren lassen. Sämtliche SP-Sektionen wollen die Auswüchse des Kapitalismus thematisieren. Fast 40 Prozent der Novartis-Aktionäre, sicher nicht allesamt SP-Anhänger, haben nun Daniel Vasellas Lohn infrage gestellt. Die enormen Managerlöhne und Boni werden auch von einem grossen Teil der Gesellschaft infrage gestellt. Gleichzeitig kämpfen wir für Mindestlöhne und gegen Familienarmut.

Ihr Wahlkampf wirkt zum Teil etwas zaghaft. Die SP-Herausfordererin um einen zweiten Regierungssitz, Pia Fankhauser, scheint selbst nicht an ihren Sieg zu glauben.

Wir müssen realistisch sein, das ist ein sehr schwieriges Unterfangen. Aber die Stimmung in der Bevölkerung gegenüber der jetzigen bürgerlich dominierten Regierung ist wesentlich kritischer als noch vor vier Jahren. Diese wirkt alles andere als stark, das ist unsere Chance.

Es besteht aber die Gefahr, dass der grüne Regierungskandidat dieses Mal den Sitz Ihres Regierungsrats Urs Wüthrich gefährdet.

Nein, wie kommen Sie darauf? Reber gefährdet meiner Meinung nach am ehesten den Sitz von FDP-Finanzdirektor Adrian Ballmer. Denn Reber profiliert sich am stärksten mit seiner liberalen Finanzpolitik. Das ist taktisch geschickt, denn die FDP ist mit zwei Sitzen übervertreten. Aber als Bildungspolitiker nehme ich Reber kaum wahr.

Die SP steht in einem Konkurrenzkampf mit den Grünen, die Verbindung ist ein Stück weit aufgebrochen worden.

Wir führen dieses Mal einen getrennten Wahlkampf. Bei den Landratswahlen waren wir immer schon Konkurrenten. Im Moment unterscheiden wir uns in der Finanzpolitik deutlich, dort fahren die Grünen einen bürgerlich-liberalen Kurs. Die Gemeinsamkeiten überwiegen aber die Differenzen bei Weitem.

Bei der kantonalen Finanzpolitik geht es im Moment vor allem um Sparen. Wo kann Ihrer Meinung nach gespart werden?

Ich warte nun gespannt auf die Rechnung 2010. Wenn sie wesentlich besser abschliesst, als befürchtet wurde, bestätigt das unsere Vermutung. Bei der laufenden Debatte geht unter, dass der Kanton Baselland in vielen Bereichen gute Leistungen erbringt. Am ehesten sind teure Grossprojekte wie die Umfahrung in Laufen und der Verwaltungsneubau in Liestal zu überdenken.

Wie wollen Sie die Bildungsdirektion und Harnos vor Sparmassnahmen verteidigen?

Mit aller Vehemenz! Zusammen mit der CVP und den Grünen verfolgen wir hierbei die gleichen Interessen. Auch im Volk haben wir bei Bildungsfragen grosse Unterstützung. Interessanterweise nehmen wir die Meinung der Leute bei diesem Thema als viel differenzierter wahr als bei Ausländerfragen, wo derzeit völlig emotional abgestimmt wird.

Massiv höhere Hürden für die Einbürgerung

SVP-Landrat Weibel legt nach

THOMAS GUBLER

Für die Erteilung des Kantonsbürgerrechts soll in Zukunft nicht nur eine gesicherte Existenzgrundlage gefordert werden. Wer sich bewirbt, muss auch bezogene Unterstützungsleistungen zurückbezahlt haben.

SVP-Landrat Hanspeter Weibel will für die bevorstehende Revision des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes rechtzeitig die Weichen stellen. Zu diesem Zweck reicht er heute eine Motion ein, in welcher er für eine Einbürgerung nicht nur eine gesicherte Existenzgrundlage fordert, sondern auch gleich sagt, wann eine solche nicht vorhanden ist. Das ist gemäss Weibel der Fall, wenn der Bewerber fürsorgeabhängig ist, im Verhältnis zu seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit übermässig verschuldet oder mehrfach betrieben worden ist; sodann wenn eine Pfändung oder ein Verlustschein vorliegt, oder wenn über den Einbürgerungswilligen in den letzten fünf Jahren der Konkurs eröffnet wurde.

Als weitere Bedingung für die Erteilung des Bürgerrechts verlangt Weibel – analog der Bündner Gesetzgebung – die Rückzahlung von in den letzten zehn Jahren bezogenen öffentlichen Unterstützungsleistungen, bevorschussten Krankenkassenprämien und Kosten für unentgeltliche Rechtspflege.

REVISION. In der Landratssitzung vom 24. Februar hatte Sicherheitsdirektorin Sabine Pegoraro versichert, noch dieses Jahr eine Vorlage zur Revision des Bürgerrechtsgesetzes vorzulegen und den Umgang mit sozialhilfeabhängigen Bewerbern zu regeln. Was laut Pegoraro darauf hinauslaufen würde, dass das Bürgerrecht bei selbstverschuldeter Sozialhilfeabhängigkeit, schlechtem finanziellen Leumund oder Missbrauch der Sozialhilfe zu verweigern wäre. Um den Druck aufrechtzuerhalten, schrieb der Landrat ein Postulat von Patrick Schäfli (FDP), das die Einbürgerung an die Bedingung der gesicherten Existenz binden will, aber nicht ab.

Nun hat Hanspeter Weibel nachgelegt. Als Grund nennt der Bottminger den Umstand, dass die Sozialhilfebehörde der Gemeinde in der Regel erst dann vom Einbürgerungsgesuch eines Klienten erfährt, wenn die Bürgergemeindeversammlung zum Entscheid schreitet. «Und dann sind der Behörde wegen des Amtsgeheimnisses die Hände gebunden», sagt Weibel.

nachrichten

Überschuss dank Landverkauf

HÖLSTEIN. Beim Rechnungsabschluss 2010 der Gemeinde Hölstein zeichnet sich ein Ertragsüberschuss von rund einer Million Franken ab. Dieses «unerwartet positive Ergebnis» habe seinen Grund im Verkauf von Baulandparzellen, wie die Gemeinde mitteilt. Ursprünglich war mit einem Defizit von über 260 000 Franken gerechnet worden. Ohne den Landverkauf würde das Minus dank dem Sparkurs bei etwa 180 000 Franken liegen. Der Überschuss soll zur dringend benötigten Schaffung von Eigenkapital eingesetzt werden.

Wartezeiten wegen Holzschlag

KILCHBERG/ZEGLINGEN. Vom Montag, 14., bis zum Freitag, 18. März, kommt es auf der Kantonsstrasse zwischen Kilchberg und Zeglingen im Gebiet Stutz zu Verkehrsbehinderungen. Wegen Fällarbeiten im Wald entlang der Strasse muss der Verkehr zwischen 8.00 und 17.00 Uhr jeweils kurz angehalten werden. Aus diesem Grunde müsse mit Wartezeiten gerechnet werden, teilt das Amt für Wald beider Basel mit. Bei der Fällaktion werden alte Bäume geschlagen. Damit soll die natürliche Waldverjüngung gefördert werden. Eine völlige Sperrung der Strasse ist nicht notwendig. Im öffentlichen Verkehr soll es zu keinen Behinderungen kommen, so das Amt für Wald.